

# Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

## Organ des Gewerkevereins der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.

Warteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exempl., jedes weitere bis zu 5 Exemplaren direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr. Oesterr. Währung.

Expedition: N. V. Wandelstr. 41 bei A. Münchow. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

Generalrath.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeit: 20 Pf. = 12 Kr. Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. = 9 Kr. Oesterr. Währ.

Für Zusendung von Offerten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr. Oest. Währ. als Vergütung erhoben.

Redacteur: Georg Lenz, N. V. Stromstraße 48.

Original-Aufsätze u. Notizen technischen u. sozialpolitischen Inhalts werden gegen Honorar entgegengenommen.

Nr. 27.

Berlin, den 2. Juli 1886.

Dreizehnter Jahrgang.

### Amflicher Theil.

#### Verbandsgenossen aller Gauen und Berufe!

Bei Wiederaufnahme seiner Geschäfte nach dem 9. Verbandstage fühlt sich der Centralrath gedrungen, einige kurze Worte an Euch zu richten.

Wenn schon jeder frühere Verbandstag einen Abschnitt in der Geschichte der Deutschen Gewerkevereine bildete, so trifft dies in weit höherem Grade diesmal zu. Denn noch nie waren die gestellten Anträge so einschneidend, die Verhandlungen so bedeutsam, die Ergebnisse so entscheidend, wie in diesem Jahre. Während man draußen in Folge der scheinbar schroffen Gegensätze eine Lockerung, ja den Zerfall des Verbandes erwartete, hat der Verbandstag, Dank der offenen gründlichen Aussprache und dem allseitigen Willen der Verständigung und des Zusammenhaltens, volle Einigkeit in dem Streben für die gemeinsame Sache und wahrhaft positive Reformen herbeigeführt und angebahnt. Immer klarer und mächtiger trat das Bewußtsein hervor, daß bei allen Verschiedenheiten der einzelnen Berufe und Anschauungen die grundsätzlichen Ueberzeugungen und die großen Interessen der Arbeiterklasse alle unsere Vereine solidarisch machen!

Verbandsgenossen! Freudig begrüßt in erster Reihe der Centralrath diese glückliche Lösung und erachtet es als seine Pflicht, in demselben Geiste der Eintracht und des thätkräftigen Vorwärtstrebens, welcher unsere höchste Vertretung besetzte, zum Wohle aller Glieder des Verbandes zu wirken.

Um dies aber erfolgreich zu können, bedürfen und erwarten wir das Vertrauen und die Unterstützung aller Vereinsvorstände und Genossen. Große und schwere Aufgaben sind für die nächsten Jahre der Gesamtorganisation gestellt, wenn die Deutschen Gewerkevereine ihre ehrenvolle und heilsame Stellung in der Arbeiterwelt nicht nur behaupten, nein immer höher bringen sollen. Vor allem gilt es, mehr als bisher Hand anzulegen an die praktische Verbesserung der Arbeiterlage, insbesondere durch allgemeine Durchführung der Arbeitslosen-Unterstützung und durch Maßnahmen zum Schutz gegen Ausbeutung und Schädigung der Arbeitskraft. Hierzu aber ist die stetige Mitwirkung aller Genossen erforderlich, wie nicht minder für die Grundlage jeder Verbesserung: die immer weitere Ausbreitung der Gewerkevereine durch unablässige Agitation!

So richten wir denn an Euch alle, werthe Verbandsgenossen, die dringende Bitte und Aufforderung, uns mit Hingabe und Thätigkeit beizustehen, auf daß von dem 9. Verbandstage zu Halle a. S. ein neuer Zeitabschnitt hegreichen Vorwärtsmarsches auf der ganzen Linie der Deutschen Gewerkevereine beginne! Jeder Mann Agitator, aber auch Jeder Mann Reformator — das sei

unser Ruf für das Wirken Schulter an Schulter, und unser nächstes Ziel:

zum 20. Stiftungsfest der Organisation, Herbst 1888, 100 000 Mitglieder und alle gegen Ausbeutung geschützt, gegen Arbeitslosigkeit versichert!  
Berlin, den 29. Juni 1886.

Mit genossenschaftlichem Gruß  
Centralrath der Deutschen Gewerkevereine  
Dr. Max Hirsch, Verbands-Anwalt · W. Lippe, Vorsitzender.

#### 36. Vorstandssitzung der Kranken- und Begräbniskasse (c. G.) vom 17. Juni 1886.

Tagesordnung: 1. Zuschriften, 2. Kassenbericht, 3. Verschiedenes.

Die Sitzung wird um 8 1/2 Uhr vom Vorsitzenden, Herrn Lenz I., eröffnet; entschuldigt fehlen Lenz III. und Bey, ohne Entschuldigung Kern und Brunerl. Letztere beide Herren sind seit längerer Zeit häufig den Sitzungen ferngeblieben und beschließt der Vorstand, sich in der nächsten Sitzung mit Regelung dieser Frage zu beschäftigen. — Nach Genehmigung des Protokolls der 35. Sitzung wird in die Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1. Auf eine Anfrage zweier Mitglieder von Eisenberg, ob für den 2. Pfingstfeiertag kein Krankengeld gezahlt werde, soll geantwortet werden, daß nur der Sonntag nicht bezahlt wird. — Das Mitglied Origalla-Ullwasser hat sich einen Versuch gegen die Fortzahlung der Ausgehzeit während der Krankheit zu Schulden kommen lassen. Da das Vergehen jedoch an und für sich gering ist und nach Lage der Umstände entschuldbar erscheint, so wird von einer Kürzung des Krankengeldes im Einverständnis mit der örtlichen Verwaltung abgesehen. — Das Mitglied Rudolph Stüherbach ist Anfang dieses Jahres einer Krankenkasse beigetreten, ohne, wie dies § 7 des Statuts vorschreibt, diesen Neutritt der örtlichen Verwaltung anzuzeigen. Durch diesen Eintritt ist gleichzeitig eine Ueberversicherung des gegenwärtig Kranken A. eingetreten, da der Verdienst desselben höchstens 20 M. wöchentlich, das Krankengeld aber 21,25 M. beträgt. Der Vorstand beschließt, den A. wegen Unterlassung der Anzeige des Beitritts mit Rücksicht auf die dadurch entstandene Ueberversicherung mit der statutarischen Strafe von 10 M. zu belegen, welche dem Reservefond zustehen sollen, ferner wird dem A. das Krankengeld um den überschüssigen Betrag (1,25 M. pro Woche) gekürzt. — Dem Kranken Mitgliedern Kaufmann und Reimer von Berlin II wird auf Grund der vorliegenden ärztlichen Atteste eine Veränderung ihres Wohnortes gestattet. Die Betroffenen wollen nach Ramburg übersiedeln und soll unsere dortige Verwaltung die Kontrolle übernehmen. Der zuerst arbeitsfähig kranker Kaufmann hat sich um 10 Tage verstatet beim Kassier krank gemeldet; der Vorstand beschließt, daß, wie stets bisher, der Anspruch auf Krankengeld vom Tage der Meldung beim Kassier abhängen soll. — Dem Kranken Mitgliede Schnepf-Gendorf wird unter den gleichen Bedingungen wie vorher die Ueberzahlung nach Ramburg behufs Amtlicher Kur gestattet. — Aus den vorliegenden Atteste über den Gesundheitszustand des Mitgliedes Herzog-Göppelmann geht hervor, daß G. von seiner Krankheit noch nicht völlig geheilt ist, das Mitglied soll deshalb das noch an 52 Wochen fehlende Krankengeld erhalten. — Die Aufnahme des Mitgliedes Friedmann-Eisenberg wird ausdrücklich ge-

fiattet. — Von einer Anzeige aus Hofslau, die der Hauptschriftführer bereits erledigt hat, wird Kenntniß genommen. — Der beabsichtigte Uebertritt eines Mitgliedes der Lithographen in Hamburg, sowie eines Mitgliedes der Töpfer in Moabit soll nach den bisherigen Beschlüssen in derartigen Sachen geregelt, beim Zentralrath aber gleichzeitig wegen des Zustandesommens des Kartellvertrages angefragt werden. — Ein Aufnahmegesuch Sübner-Moabit wird abgelehnt, da S. mit doppeltem Leistenbruch behaftet ist und das Krankengeld 28 Mk. wöchentlich betragen würde. Auch sieht S. an der äußersten Altersgrenze. — Die Verwaltungsstelle Untermhaus hat sich aufgelöst; das verbliebene Mitglied Sabel wird an Moabit überwiesen. — Punkt 1 ist erledigt.

Bei Punkt 2 erstattet Hr. Münchow den Kassenbericht pro April. In der Hauptkasse war Einnahme 4544,02 Mk., Ausgabe 3799,19 Mk., Bestand am 1. Mai 27544,83 Mk. (Nennwerth).

Zu Punkt 3 erklärt sich der Vorstand mit einer Revision in Wallendorf bei Gelegenheit des Verbandstages auf Antrag des Hauptkassiers einverstanden. — Bei einer in Oberhausen durch Hrn. Bey auf Beschluß des Vorstandes stattgehabten Revision befanden sich nach Angabe des Kassiers die Sparkassenbücher auf der Sparkasse und konnten deshalb nicht eingesehen werden. Der Vorstand beschließt deshalb die Einforderung innerhalb 8 Tagen behufs Einsichtnahme. — Schluß 10<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

Der Vorstand.  
G. Lenz I, Vorsteher.      Aug. Münchow, Hauptkassirer.      Georg Lenz, Hauptschriftführer.

#### 44. Generalrathssitzung vom 17. Juni 1886.

Tagesordnung: 1. Zuschriften, 2. Kassenbericht, 3. Unterstützungsanträge.

Der Vorsitzende, Hr. Lenz I, eröffnet die Sitzung um 10<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr Abends in Anwesenheit der in der Vorstandssitzung zugegen gewesenen Mitglieder. Zunächst wird das Protokoll der 43. Sitzung genehmigt und sodann in die Tagesordnung eingetreten.

Punkt 1. Dem Mitgliede Gutte-Breslau wird auf Grund des früheren Generalrathbeschlusses der Anspruch auf Ueberiedelungskosten nach Divisorenrecht zugesprochen. — In Lettin gehört ein Mitglied der unter sozialistischer Leitung stehenden Zentralkasse der Tischler an. Dies wird mit Rücksicht auf § 4 des Statuts für unstatthaft erklärt und muß der Betreffende entweder bei uns oder aus der genannten Kasse austreten. — Mehrere unserer Ortsvereine in Thüringen werden — wie der Hauptschriftführer nach Vereinbarung mit Hrn. Redakteur Volke berichtet — gelegentlich des Verbandstages von Verbandsrednern besucht werden. — Die Begründung eines Ortsvereins in Waldsassen hat sich nach einer vorliegenden Mitteilung von dort noch nicht ermöglichen lassen. — Von einem Antwortschreiben des Fabrikbesizers Moritz in Laubenbach auf die Zuschrift des Generalraths wird Kenntniß genommen; Unger und Bock sind am 28. Mai aus der Arbeit entlassen worden; die bewilligte Unterstützung tritt also von da ab ein. — In Tiefenfurt scheinen sich die Verhältnisse nach der Zuschrift des Generalraths an Herrn Fabrikbesizer Steinmann zur Zufriedenheit geregelt zu haben, wovon Kenntniß genommen wird. — Die beantragte Beschaffung eines Hektographen für den D. B. Schmiedefeld wird abgelehnt, da ein Bedürfniß nicht als vorliegend erachtet werden kann. — Die Beitragssache Annaburg ist erledigt, da die betreffenden Mitglieder auf die gerichtliche Weiterverfolgung der Angelegenheit verzichten. — Dem Mitgliede Hollmann-Schreiberhau wird das Anrecht auf Reisegeld mit pro Kilometer 4 Pf. zugestanden, jedoch innerhalb der durch das Statut für die Ueberiedlung gezogenen Maximalgrenze von 50 Mk. — Eine Zuschrift des Mitgliedes S. Fischer-Flomenau betreffend das Mitglied Hollmann soll zunächst dem G. abschriftlich zur Aeußerung überandt werden.

Bei Punkt 2 betragen die Einnahmen der Generalrathskasse im April inkl. Vortrag 2206,83 Mk., die Ausgaben 1902,27 Mk., Bestand am 1. Mai 11704,06 Mk. — Im Extrafond war Einnahme 317,10 Mk., Ausgabe 343,34 Mk., Bestand am 1. Mai 3473,76 Mk.

Zu Punkt 3 wird dem Mitgliede Domann-Annaburg auf Grund des Unterstützungsstatuts eine Unterstützung von 15 Mk. bewilligt. — In Angelegenheit Gutschmann-Mankenbach ist auf die letzte Recherche Antwort eingetroffen und werden dem G. nunmehr auf 4 Wochen je 10,50 Mk. Unterstützung bewilligt. — Schluß 12 Uhr.

Der Generalrath.  
Gust. Lenz I, Vorsitzender.      Georg Lenz, Hauptschriftführer.

#### Zur Lage der Porzellanmaler.

(Schluß.)

Die letzte im „Waldenburger Wochenblatt“ veröffentlichte Entgegnung lautet:

„Um irrigen Auffassungen zu begegnen, sehen wir uns veranlaßt, auf den in Nr. 3 d. B. erschienenen Artikel, betreffend die Lage der Porzellanindustrie resp. der Porzellanmaler, Einiges zu entgegnen, da sonst eine falsche Ansicht unter denjenigen Lesern, welche die Lage der Porzellanindustrie, speziell die der Porzellanmaler, nicht von Fach kennen, Platz greifen könnte. Es mögen somit hier einige aufklärende Sätze folgen.

Erstens: Und das ist die Hauptsache! ist die traurige Lage der Porzellanindustrie, speziell der Porzellanmaler, — gegen welche sich gedachter Artikel im Besonderen richtet — nicht durch ungenügende Ausbildung der Porzellanmaler herbeigeführt, wie dies im letzten Absatz des erwähnten Artikels den geehrten Lesern gern plausibel gemacht werden möchte. Sondern die seit langer Zeit schon merkliche Geschäftskrisis ist eine naturgemäße Folge der heutigen Produktionsweise im Allgemeinen.

Jeder Fabrikbesizer sucht heut zu Tage so schnell wie möglich die denkbar höchsten Werthe aus seinem Etablissement zu ziehen. Die naturgemäße Folge davon ist, daß bedeutend mehr produziert (geschafft), als konsumirt (umgesetzt oder verkauft) wird. Ist es aber so weit,

dann bleiben gewöhnlich Rohherabsetzungen nicht aus, oder wo man noch einigermaßen human ist und die Löhne nicht drückt, wird doch immerhin die Arbeitszeit beschränkt, was ebenfalls eine verminderte Einnahme des Arbeiters zur Folge hat. Wiederum naturgemäße Folge davon ist: daß der Arbeiter nun auch nicht mehr dieselbe Summe verausgaben kann, als bei gutem Geschäftsgange, mit anderen Worten: Er muß sich in verschiedenen Sachen einschränken. Es wird also demnach bei schwachem Verdienst nur das Nothwendigste gekauft und dieses wiederum möglichst von der billigsten Sorte, nur um die Ausgabe der Einnahme anzupassen.

Wenn also ein Arbeiter sich bei den absolut nothwendigsten Bedürfnissen schon so einschränken muß, wievielmehr muß er es erst bei den weniger nothwendigen Artikeln — zu welchen ich auch das Porzellan rechne — thun. Wäsche, Nahrungs- und Bekleidungsgegenstände müssen sein, werden aber, wie schon gesagt wurde, nur von dem Billigsten gekauft. Porzellan kauft man aber heut, wenn es nicht absolut sein muß, überhaupt nicht!

Und wenn es nun durchaus sein muß, so wird ebenfalls nicht das theuerste, nein, im Gegentheil, nur das denkbar billigste gekauft. Daß man aber, so hoch auch die Anforderungen gesteigert sind, unter so billigem Zeug keine Kunststücke verlangen kann, leuchtet wohl einem Jeden ein. Daraus, daß die so einfachen billigen Sachen nicht genügend kunstgerecht behandelt sind — weil es dem Preise entsprechend unmöglich ist — kann man aber unmöglich schließen: Die Fähigkeiten der Maler sind zurückgegangen und darum gehe es ihnen schlecht.

Gerade das vollständige Gegentheil behaupten wir! Die Leistungen der Porzellanmaler haben sich bedeutend erweitert und würden dreiviertel, vielleicht mehr als dreiviertel der gegenwärtigen Maler im Stande sein, bedeutend höheren Anforderungen — was technische Leistungen anbetrifft — zu genügen, als gegenwärtig an uns gestellt werden.

Nur ein mit den Verhältnissen vollständiger Unkundiger kann so unrichtige Meinung, wie solche dem gedachten Artikel zu Grunde liegt, ernstlich als Thatsache veröffentlichen.

Wäre die Kaufkraft des Arbeiters im Allgemeinen eine stärkere, so würde stufenweise aufwärts sich auch die Nachfrage nach besseren Artikeln steigern. An Leuten würde es nicht fehlen, die erhöhten Wünsche des Publikums zu befriedigen, auch der Einsender des vorigen Artikels würde schließlich noch zufriedengestellt werden können, falls er einmal etwas für gute Malerei ausgeben wollte.

Außerdem möchte ich noch auf einen in die Augen springenden Widerspruch des Einsenders vorigen Artikels aufmerksam machen, es heißt da wörtlich: „Selbst bessere Maler können gegenwärtig oft nur als Koloristen Beschäftigung finden.“ Dann in dem letzten Satz schreibt er dagegen: „Ein tüchtiger Maler wird auch heute noch immer gesucht und genügend honorirt.“

Das erstere ist z. B. vollständig richtig! Es sind eben so viele bessere Maler vorhanden, daß nur ein kleiner Theil in besseren Sachen beschäftigt werden kann, die übrige Masse muß eben mit einfachen Sachen vorlieb nehmen.

Der zweite Satz ist dagegen vollständig falsch! Beiläufig will ich nur darauf entgegnen, daß sehr häufig für die feinsten Sachen die miserabelsten Preise vorhanden sind. Wenn aber wirklich einmal ein tüchtiger Maler gesucht wird, so bin ich überzeugt, daß sich statt einem vielleicht 20 oder 30 melden, von denen jeder Einzelne eine Stellung als tüchtiger Maler vertreten könnte; aber es wird eben — ar einer gesucht, mithin müssen die übrigen 19 oder 29 wieder mit einer Beschäftigung vorlieb nehmen, die bedeutend unter ihren Leistungen steht. Es ist also vollständig falsch, zu schreiben: „Es ist wahrlich an tüchtigen Malern kein Ueberfluß.“ Nein! es ist eben Ueberfluß an solchen, denn sonst würden nicht viele als Koloristen verwendet werden müssen, wie der Einsender vorigen Artikels doch direkt selbst sagt. Wenn an etwas überhaupt Mangel ist, so sind es nur genügende Bestellungen, an denen es fehlt, um einen Jeden nach seinen Fähigkeiten beschäftigen zu können.

Wenn aber der bewußte Einsender als Schluß sagt: „Wenn Mittelmäßigkeiten zu Grunde gehen, so haben sie sich die Schuld selbst zuzuschreiben“, so ist mir dies vollkommen unverständlich, wie man mit solcher Dreistigkeit uns für den traurigen Geschäftsgang verantwortlich machen kann. Die wirklichen Ursachen glaube ich zu Anfang klar genug gelegt zu haben; da mir auch der Raum nicht gestattet, auf alles näher einzugehen, so schließe ich in dem Glauben, daß die geehrten Leser aus meiner Schilderung sich ein ungefähres Bild der Verhältnisse werden machen können, um selbst zu urtheilen. Einer im Auftrage vieler.

#### Die Arbeiterbewegung in Belgien.

Trotzdem der am ersten Pfingstfeiertage in Brüssel abgehaltene belgische Sozialistenkongreß u. a. auch den Beschluß gefaßt hat, theilweise Streiks überhaupt nicht und allgemeine Arbeitseinstellungen nur dann eintreten zu lassen, sobald die Arbeiterpartei die nothwendige Kraft erlangt haben wird und die Regierung weiter die Gewährung des allgemeinen Stimmrechts verweigern sollte, ist dennoch schon am nächsten Tage im Kohlenbezirkte Borinage ein Streik ausgebrochen, an welchem tausende von Arbeitern — die Angaben über die Zahl der Streikenden gehen auseinander — theilnahmen. Die Arbeiter des Kohlenbassins Borinage hatten sich bei den letzten Wahlen im März dieses Jahres ziemlich ruhig verhalten, die jetzige Bewegung tritt da-

gegen von vornherein sehr heftig auf. Bereits haben Zusammenstöße mit dem Militär stattgefunden, in einem Falle mußte die Gensdarmarie sogar sechsmal mit Gewalt vorgehen, um die Ruhestörer zu zerstreuen.

Die Triebfedern der Arbeiterbewegung in Belgien liegen sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Ist die persönliche Freiheit in Belgien auch größer, als in den meisten europäischen Staaten, so ist das Wahlrecht doch ein außerordentlich beschränktes. Dasselbe ist an einen Zensus geknüpft, der seit 1869 auf 43,25 Frs. für die Wähler zur Legislative und auf 10 Frs. für die Gemeindegewähler festgesetzt ist. Nun giebt es in Belgien aber nur zweierlei Steuern, die Grundsteuer und die sog. Patentssteuer, d. h. die Auflage auf den katastermäßigen Reingewinn und auf die Ausübung eines Gewerbes. Auf diese Weise kommen auf 5 1/2 Millionen Einwohner nur 120 000 Wähler, so daß der kleine Mittelstand sowie die Arbeiter vom Wahlrecht vollständig ausgeschlossen sind. Die Agitation zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts bildet nun eine Hauptforderung der belgischen Arbeiter, dieselbe stand auch obenan auf der Tagesordnung des am 13. d. M. in Brüssel zusammengetretenen belgischen Sozialistenkongresses, welcher beschloß, die Propaganda für das allgemeine Stimmrecht fleißig fortzusetzen.

Bei weitem nicht so einfach sind die wirtschaftlichen Ursachen, welche die Arbeiterbewegung in Belgien in Fluß gebracht haben. Die Lage der Arbeiter ist infolge der seit Jahren unlegbar herrschenden Geschäfts- und Handelskrisis eine ziemlich traurige, besonders schwer aber tritt die Krisis in der Kohlenindustrie auf. Fast alle Kohlenwerke haben große Bestände, so daß sie gezwungen sind, den Betrieb auf 3 bis 4 Tage in der Woche zu beschränken. Ein Fall der Löhne geht mit dieser Stodung des Handels und der Industrie Hand in Hand. Während beispielsweise das Lütticher Kohlenrevier 1883 noch einen jährlichen Arbeitslohn von 1017 Frs. pro Kopf zahlte, fiel dieser Lohnsatz im Jahre 1885 auf 938 Frs., in dem Bezirk von Charleroi wurde der Lohn des Kohlenarbeiters im März 1886 nur auf etwa 780 Frs. jährlich geschätzt. Am ungünstigsten sind die Kohlenarbeiter im Vornage — an Zahl 30 000 — gestellt. Sie haben die schlechtesten Löhne, nur 1,83 bis 2 Frs. pro Tag und die längste Arbeitszeit, welche sich bis auf 13 Stunden pro Tag ausdehnt. Daß unter diesen Umständen die Lage der Arbeiter eine sehr traurige und die Erbitterung eine hochgradige ist, erscheint begreiflich.

Dessenungeachtet sind die belgischen Arbeiter keine Revolutionäre. Die Arbeiter wünschen eine Lohnerhöhung und eine gewissenhafte Prüfung ihrer Lage. Die unmittelbare Veranlassung zu dem Ausbruch der Unruhen in diesem Frühjahr bildete bekanntlich die Feier des 18. März, des Jahrestages der Pariser Kommune. Der Ausbruch des gegenwärtigen Streiks im Vornage ist wahrscheinlich durch den Brüsseler Sozialistenkongreß und die damit zusammenhängende sozialistische und anarchische Agitation veranlaßt worden. Daß in einem Lande wie Belgien, welches die dichteste Bevölkerung Europas, eine verhältnismäßig sehr beträchtliche Arbeiterzahl und gleichzeitig niedrigere Löhne als irgend eines seiner Nachbarländer besitzt, die sozialistische Agitation leichtere Arbeit hat, als irgendsonstwo, ist erklärlich.

Schon in Folge der Unruhen im März dieses Jahres hat das liberale Ministerium Beernaert sich veranlaßt gesehen, eine Art von Volkswirtschaftsrath einzusetzen, der sich mit Prüfung der Zustände in der gewerblichen Arbeit zu befassen und Vorschläge zu deren Verbesserung zu stellen hat. Es wurden Fragebogen zur Beantwortung an die Industriellen herumgeschickt, ohne daß man bisher von irgend welchen praktischen Ergebnissen etwas vernommen hätte. Außerdem erklärte der Finanzminister in der Deputiertenkammer am 30. März, daß das Ministerium beabsichtige, außerordentliche öffentliche Arbeiten im Betrage von ca. 75 Millionen Franken ausführen zu lassen. Gleichzeitig betonte derselbe auch, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter eine so traurige lediglich in Folge der ausnahmsweise langen Krisis sei. In Uebereinstimmung hiermit erklärte der Minister für Landwirtschaft und Gewerbe in seinem Berichte an den König, daß Belgien seiner Pflicht, für die Nothleidenden zu sorgen, nachgekommen sei.

Würde man sich entschließen, den Arbeitern politisches Stimmrecht zu gewähren, so würde damit das sittliche Bewußtsein derselben gehoben und den Aufwiegeln ein Vorwand zur Agitation entzogen sein. Der Grubenarbeiter, der gar kein Stimmrecht besitzt, weder in Gemeinde- noch in Provinzial- und Landesangelegenheiten, sieht nur zu leicht in der übrigen Gesellschaft des Staates einen erbitterten Feind, den zu bekämpfen er für sein gutes Recht hält. Die rücksichtslose Art und Weise, in welcher General van der Smissen bei der Unterdrückung der Unruhen im März dieses Jahres gegen die Streikenden vorgegangen ist, seine willkürliche Aufhebung des Versammlungsrechts, die Ausweisung der Ausländer, seine Anordnung in Betreff des Schließens der Truppen, die Verordnung, daß Jeder, der zum zweitenmale festgenommen wird, eingesperrt bleiben soll, bis der General über ihn verfügt, — das alles waren Maßnahmen, theilweise sogar Verletzungen der Verfassung, welche die Arbeiter nur noch mehr erbittert haben. Durch Arbeitsentstellungen freilich und durch die Drohung mit Hängen sind politische Konzessionen niemals erlangt worden. Außerdem werden in Folge der fortwährenden Arbeiterunruhen die wirtschaftlichen Verhältnisse Belgiens in der empfindlichsten Weise geschädigt, so daß also die Arbeiter, anstatt ihre Lage zu verbessern, dieselbe durch die fortgesetzten Arbeitsentstellungen noch mehr verschlechtern.

## Sozialpolitische Nachrichten.

\*\* Der 9. ord. Verbandstag wurde am Dienstag, 22. d. Vormittags 10 Uhr vom 2. Vorsitzenden Hr. Ruffet (Breslau) — der 1. Vorsitzende Hr. W. Lippe (Berlin) mußte aus geschäftlichen Rücksichten schon früher abreisen — geschlossen. Hr. Ruffet wies in seinem trefflichen Schlusswort auf die vom Verbandstag geleistete Arbeit mit dem Wunsche hin, daß dieselbe der Gesamtorganisation zum Wohle gereichen möge und endete mit einem Hoch auf den Verband der Deutschen Gewerksvereine und deren Anwalt, in das begeistert eingestimmt wurde. Der Anwalt Hr. Dr. Max Hirsch gab seiner großen Freude über die im Geiste der Einigkeit geführten Verhandlungen Ausdruck, dankte dem Bureau und insbesondere Hr. Ruffet für die ausgezeichnete Geschäftshandhabung und mahnte, dahin zu streben, daß die in dem Begrüßungsschreiben des Hr. Franz Duncker ausgesprochene Hoffnung, die Deutschen Gewerksvereine an ihrem 20. Geburtstag 100 000 Mann stark zu sehen, verwirklicht werde. Nachdem Hr. Sommer noch dem Vorkomitee den Dank ausgesprochen, erfolgte der Schluß der Verhandlungen. Ein Theil der Abgeordneten reiste zugleich in die Heimath, ein anderer Theil begab sich noch auf Agitationsreisen. Alle aber schieden mit dem Bewußtsein, ihr Theil beigetragen zu haben, die Organisation zu fördern. Die Nachricht in voriger Nummer, daß aus der Agitationskasse der Verbandskasse 10 000 M. überwiesen wurden, ist dahin aufzuklären, daß die Organkasse diesen Betrag an die Verbandskasse zahlen soll.

\*\* Die Aufhebung der Berliner Versammlungsfreiheit kam am 26. Juni, am letzten Tage der diesmaligen Reichstagsession, endlich, gemeinsam mit dem über Spremberg verhängten kleinen Belagerungszustande, zur Erörterung im Reichstage. Leider zu seiner besonders eingehenden und scharfen. Die Verschleppung der Sache bis in den Hochsommer hinein erwies sich als ein Vortheil der Reaktion, die Einwilligung in diese Verschleppung als ein Mißgriff der beteiligten Parteien, insbesondere der sozialdemokratischen Fraktion. An eine Debatte im großen Stile war eben schlechterdings nicht zu denken; ein Demosthenes hätte sie diesen trostlos leeren Banken gegenüber nicht aus dem Boden stampfen können. Hr. v. Büllow hielt es nicht ein Mal für angezeigt, sich selbst einzufinden, um jene Meisterzüge seiner staatsrechtlichen Politik mit der ihm eigenen Beredsamkeit zu verteidigen; Hr. v. Büllow hatte ihn zu vertreten und entledigte sich seiner Aufgabe in den gewinnenden und sympathischen Formen, die er vor dem preussischen Minister des Innern voraus hat, aber sachlich freilich ebenso erfolglos, wie es sich von dem letzteren nach allen früher obgelegten Proben nur immer hätte erwarten lassen. Der Abgeordnete Richter blies alle von dem Minister für die Berliner wie Spremberger Maßregel vorgebrachten „Gründe“ spielend wie leere Spreu auseinander, es blieb nichts übrig, als die durch triftigste Gründe belegte Thatsache, daß die Arbeit der Sozialdemokratie gegenwärtig durch Niemanden ausdauernder und erfolgreicher besorgt wird, als durch die Regierung. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten sprach am geschicktesten Hr. Singer.

\*\* Aus den amtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamts. Bescheide und Beschlüsse. Dem Reichs-Versicherungsamt ist berichtet worden, daß erkrankungsmäßig mehrfach bei Verletzungen, welche später einer Berufsgenossenschaft zur Last gefallen sind, z. B. beim Verluste eines Auges, mehrerer Finger u. a. eine Unterzählung des Unfalls (§ 53 des Unfallversicherungsgesetzes) um deswillen unterblieben ist, weil die Frage 3 in dem Unfallanzeigeformular (Besanntmachung des Reichs-Versicherungsamts vom 11. September 1885, „Amtliche Nachrichten des Reichs-Versicherungsamts“ 1885, Seite 222), „ob die Verletzung voraussichtlich eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als dreizehn Wochen zur Folge haben wird“, seitens des Betriebsunternehmers verneint wurde, obwohl eine dauernde „theilweise“ Erwerbsunfähigkeit des Verletzten mit Sicherheit vorauszu sehen war.

Das Reichs-Versicherungsamt hat sich mit Bezug hierauf unter dem 20. April 1886 dahin ausgesprochen:

Die Frage in dem Formular: ob eine Verletzung voraussichtlich eine „Erwerbsunfähigkeit von mehr als dreizehn Wochen“ zur Folge haben wird, entspricht dem Wortlaut des § 53 des Unfallversicherungsgesetzes, welcher vorschreibt, daß die Ortspolizeibehörden derartige Unfälle einer Untersuchung zu unterziehen haben.

Dabei ist die Bezeichnung „Erwerbsunfähigkeit“ nicht lediglich als „völlige“ Erwerbsunfähigkeit aufzufassen, sondern dieselbe begreift auch die „theilweise“ Erwerbsunfähigkeit in sich.

Es ist daher, damit den Ortspolizeibehörden der erforderliche Anhalt dafür nicht fehlt, ob ein Unfall zu untersuchen ist oder nicht, nothwendig, daß die Mitglieder der Berufsgenossenschaften die Frage 3 bei einer dreizehn Wochen voraussichtlich überschreitenden theilweisen Erwerbsunfähigkeit entweder einfach mit „Ja“ oder mit „Nein“ eine theilweise Erwerbsunfähigkeit von mehr als dreizehn Wochen“ beantworten.

\*\* Der Bundesrath hat dem Beschlusse des Reichstags, die Zahl der Fabriken-Inspektoren zu vermehren, keine Folge gegeben, aus welchen Gründen, wird natürlich nicht mitgetheilt. Der Beschlusse muß fremden, einmal, weil die Berichte der Fabriken-Inspektoren selbst die Nothwendigkeit einer Vermehrung anerkennen, und dann, weil man nur durch eine gründliche und systematische Draufklärung

der Fabriketablissemments das Wohl der Arbeiter und der Industrie zu fördern vermag.

\*\* Der Streik der Töpfergesellen in Berlin umfaßt zur Zeit, wie der „Bauhändler“ mittheilt, noch ca. 1000 Gesellen.

## Vereins-Nachrichten.

**Neuleiningen.** Ortsversammlung vom 30. Mai 1886. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung um 3 1/2 Uhr eröffnet hatte, theilte derselbe den Anwesenden mit, daß der bisherige Kassirer und Schriftführer Arthur Köppler nach Bonn abgereist ist, und der Ortsverein deshalb in der Lage sei, einen anderen Schriftführer und Kassirer zu wählen. Es wird hierauf zur Wahl geschritten, und fällt die Wahl auf Hrn. Heinrich Spatz, welcher dieselbe annimmt. Hierauf fand die Revision der Bücher und Uebergabe derselben an den neuen Kassirer statt. Dann wurden in neuen Kassirer und Schriftführer von Seiten des Vorsitzenden noch einige Erklärungen gemacht in Bezug auf die übernommenen Schriftstücke. Da weiter nichts vorlag, wurde die Versammlung geschlossen.

**Eisenberg.** Ortsversammlung vom 5. Juni 1886. In Anwesenheit von 12 Mitgliedern wurde die Versammlung vom Vorsitzenden Abends 7 1/2 Uhr eröffnet. Der wichtigste Punkt war die Berathung der in Nr. 21 der „Anzeige“ enthaltenen Grundsätze für Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und wurden bei folgenden Paragraphen besondere Wünsche laut: Bei § 2 soll der Anspruch auf Unterstützung nicht erst nach einer vollen dreijährigen Mitgliedschaft eintreten, indem sich in Zukunft neuannehmende Mitglieder dadurch abschrecken lassen würden. Zu § 12. Mitgliedern, welche während der Arbeitslosigkeit Nebenwerb haben, möchte ebenfalls die volle Unterstützung gewährt werden, da die Mitglieder auch volle Beiträge zahlen. Bei § 13 halten wir die 5 Jahre Entbehrungszeit für Mitglieder, welche wesentlich wahrheitswidrige Angaben gemacht haben, für eine zu harte Strafe. — Hierauf wurde beschlossen, von dem Schriftchen des Hrn. Lehrer Kalb-Gera „Die Nahrungs- und Genussmittel“ 5 Stück zu bestellen und in jedem Personale, wo Mitglieder sind, ein Exemplar auszulegen. — In einer Zuschrift des Hauptkassirers wird die Herkunft eines Redners nach dem Verbandstage in Anregung gebracht, hierauf jedoch seitens der Versammlung Verzicht geleistet, da schon mehrmals Redner hier gesprochen haben, ohne einen Erfolg zu erzielen.

**Liefenfurt.** Ortsversammlung vom 5. Juni 1886. Der Vorsitzende Hr. Pfeiler eröffnete die Versammlung Abends 8 1/2 Uhr in Anwesenheit von 18 Mitgliedern. Tagesordnung: 1. Kassiren der Beiträge. 2. Rechnungslegung pro 1. Quartal 1886. 3. Bericht der Revisoren. 4. Anträge und Beschwerden. 5. Verschiedenes. — Punkt 1 findet seine Erledigung. — Punkt 2: Einnahme der Ortsvereinskasse 102,77 Mk., Ausgabe 80,41 Mk., Bestand 22,36 Mk.; Kranken- und Begräbniskasse: Einnahme 271,56 Mk., Ausgabe 153,16 Mk., Bestand 118,40 Mk.; Zuschuß-Kranken- u. Begräbniskasse: Einnahme 64,36 Mk., Ausgabe 55,07 Mk., mithin Baarbestand 9,29 Mk. — Die Revisoren erklärten, bei der Revision alles in guter Ordnung gefunden zu haben, und wird hiernach der Kassirer entlastet. — Zu Punkt 4 wird vom Schriftführer der Antrag eingebracht, vom Bildungsfond, welcher einen Kassenbestand von ca. 15 Mk. hat, zwei Drittel zu Bildungszwecken zu verwenden und für dieses Geld gemeinnützige Bücher anzuschaffen, womit sich die Versammlung einverstanden erklärt, und wird der Antragsteller mit der Anschaffung der Schriften betraut. In der nächsten Versammlung sollen die Bücher dem Verein vorgelegt werden. — Der Vorsitzende bringt dann eine Beschwerde gegen das Mitglied S. vor und tadelt das Vorgehen S., die letzten Vorgänge in unserem Verein betreffend, wonach derselbe ohne Wissen des hiesigen Vorstandes Briefe an den Generalrath absandte, von deren Inhalt selbst die mitberathigten 15 Mitglieder der Steinmannschen Fabrik nichts wußten. Letztere haben mehrfach beim hiesigen Vorstand Beschwerde geführt, und zwar motivirten sie dieselbe dahin, daß schließlich den andern hieraus unangenehme Folgen entstehen könnten. Jedoch sind in letzter Zeit vom Generalrath Briefe eingetroffen, wonach S. mit seinen Gesuchen abschlägig beschieden wurde. — Schließlich bemerkt der Kassirer, daß Beiträge nur noch in Ausschusssitzungen (Sonntabend, nach dem 15. jeden Monats) und in den Versammlungen eingenommen werden. Hierauf Schluß der Versammlung um 10 1/2 Uhr.

**Waldburg.** Ortsversammlung vom 12. Juni. Der Vorsitzende Hr. Menzel eröffnete die Versammlung bei Anwesenheit von 30 Mitgliedern. In den Gewerbeverein haben sich gemeldet und sind aufgenommen die Herren Maler Anton Pätzold und Konrad Christin, sowie Gustav Rudolph, Marktscheider-Assistent. — Die Unterstützungsvorlage bei Arbeitslosigkeit wurde eingehend besprochen, und erklärte sich die Versammlung im Prinzip wohl einverstanden, jedoch durch die Mehrbelastung und zugleich Doppelbelastung der meisten Mitglieder (viele Mitglieder gehören dem Reiseunterstützungsverbände an) verhält sich dieselbe ablehnend. Es sprechen aber auch andere Gründe noch für die ablehnende Haltung, und zwar die dreijährige Karenzzeit, die Verkürzung des Bildungsfonds, sowie die Nichtunterstützung bei freiwilligem Arbeitswechsel. Die vielen Kassenbeiträge, welche hier zu entrichten sind, die schlechten Lohnverhältnisse und die allgemeinen Klagen über die hohen Beträge zu unseren Kassen (welche doch den Leistungen gegenüber so hoch sein müssen) sind unvermeidbar mit einer Mehrbelastung. Diejenigen Mitglieder, welche Maler sind, würden für diese Sache wohl zu gewinnen sein, da dieselben vielleicht aus dem schließlichen Reisegeldoberbände ausschelden und dann noch um 5 Pf. pro Woche billiger regognommen, bei der Dreier-Unterstützungsverbänden ist dies aber sehr zweifelhaft. Rechnen wir noch auf die Gefahr, daß durch die Mehrbelastung die anderen Arbeiter (unsere Mitglieder), Tischler, Schlosser u. d. m. zu den Fabrik- und Handarbeitern übertreten, neue Mitglieder durch diesen Umstand aber hier schwerlich beitreten würden, so müssen wir dagegen Front machen. — Zur Mitgliederversammlung der Kranken- und Begräbniskasse lag weiter nichts vor als die Annahme und Annahme obengenannter neuer Mitglieder. Darauf Schluß der Versammlung.

**Manebach.** Ortsversammlung vom 13. Juni 1886. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung am 11 Uhr Vormittags bei Anwesenheit von 12 Mitgliedern. Das letzte Protokoll wurde vorgelesen und sodann wurde zu der Tagesordnung übergetreten. Zu Punkt 1 erfolgte Kassen-

bericht. Zu Punkt 2 wurde bestimmt, Ende August d. J. eine Partie zu machen. Schluß der Versammlung 1/21 Uhr.

Hugo Kühn, Schriftführer.

## \* Nachtrag zum Adressen-Verzeichniß.

**Hamburg.** Vorsitzender ist jetzt der bisherige Stellvertreter Reinhold Müller, Kassirer der bisherige Vorsitzende E. J. Figur.

**Neuleiningen.** Kassirer und Schriftführer Heinr. Spatz, Steingutdreher (statt Köppler).

**Söhr-Grenzhausen.** Vorsitzender Pet. Glapa, Kiesgräber, Söhr, Judengasse (statt Annemeier); Beisitzer Jak. Ketterer, Grenzhausen (statt Glapa); stellv. Schriftführer J. R. Bode (statt Drax).

**Wallendorf.** Kassirer E. Wenzel, Kartomagenarbeiter (statt Treuner); Schriftführer Wilh. Jaumann, Porzellandreher (statt Weigel).

**Zaubenbach (Sachsen-Meinungen).** Vorsitzender Ernst Unger I, Maler, Schmiedefeld b. Wallendorf, Haus Nr. 11; Stellvertreter Otto Müller, Maler, Biesau; Kassirer Oskar Bodt, Maler, Schmiedefeld; Schriftführer Karl Gräf, Maler, Schmiedefeld; Beisitzer Rud. Steiner, Biesau, Rob. Unger, Schmiedefeld, Wilh. Delzner, Bodt und Reich (sämmlich Maler); Revisoren E. Franke, E. Korn, R. Stauche (sämmlich Maler in Schmiedefeld).

**Raffau-Rosenau in Bayern.** Vorsitzender Heinrich Miloch, Maler, Altstadt; stellvert. Vorsitzender Fr. Schöffl, Maler, Rosenau; Kassirer Jos. Bieringer, Maler, Innstadt; Schriftführer Joh. Prehner, Maler, Rosenau; stellvert. Schriftführer Gg. Reichinger, Maler, Innstadt; Beisitzer und Revisoren Alois Dietrich, Oskar Sonntag, Maler.

**Langewiesen b. Almenau.** Vorsitzender Aug. Heyer, Porzellan-Dreher; Stellvertreter Wilh. Erler; Kassirer Friedr. Schneider, Maurer; Schriftführer Theod. Köllmer, Porzellan-Dreher; Stellvertreter Rob. Mittelbach; Revisoren und Beisitzer fehlen.

**Koda.** Stellvert. Vorsitzender Aug. Höhrich, Glaskünstler.

**Schreiberhau.** Stellvert. Vorsitzender Aug. Brette (statt Rauthe); Kassirer und Schriftführer Ernst Rauthe, Glaschleifer (statt Hollmann).

**Manebach.** Stellvert. Schriftführer Louis Kemdt (statt Heinze).

**Leugsdorf.** Schriftführer Fr. Holzkämpfer, Brenner (statt Zimmer).

## Amlicher Theil.

\* Verzeichniß aufgenommenener und ausgeschiedener Mitglieder.

### A. Aufgenommene Mitglieder.

1) In den Gewerbeverein und die Kranken- und Begräbniskasse wurde unter dem 26. Juni 1886 aufgenommen:

Altwasser: A. Pietsch.

### B. Ausgeschiedene Mitglieder.

1) Aus Gewerbeverein und Kranken- und Begräbniskasse: Neust.-Magdeburg: Schuff, Adam, Köhler, Memann; Moabit: Reichert; Hausen: Lauerer; Schmiedefeld: A. Kohl, J. Wolf, Peter, Wagner; Eisenberg: D. Schmidt, P. Thamm.

2) Aus Gewerbeverein und Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse:

Schmiedefeld: Schmitt (gest.); Schreiberhau: Friede.

3) Aus der Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse:

Schreiberhau: Heider.

4) Aus der Kranken- und Begräbniskasse:

Naumburg: Werner.

5) Aus dem Gewerbeverein:

Zell: Anders; Neust.-Magdeburg: Frank; Hausen: Gehringer, V. Horn.

Der Generalrath und Vorstand.

Gust. Lenz I,  
Vorsitzender.

A. Münchow,  
Hauptkassirer.

Georg Lenz,  
Hauptschriftführer.

## Versammlungskalender.

(NB. Mitglieder, welche mit den Beiträgen länger als 6 Wochen im Rückstande sind, ohne von der örtl. Verwaltung Stundung erhalten zu haben, werden gestrichen.)

\* Moabit. Generalrath- und Vorstandssitzung am Donnerstags, den 8. Juli, Abends 8 Uhr bei Reichert, Stromstr. 48.

Gust. Lenz I, Vorsitzender. Aug. Münchow, Hauptkassirer. Georg Lenz, Hauptschriftführer.

\* Sörgau. Ortsversammlung am Sonnabend, den 3. Juli, Abends 7 Uhr im Gasthof „Zur Eisenbahn“.

Julius Hahnel, Schriftführer.

\* Liefenfurt. Ortsversammlung am Sonnabend, den 3. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung daselbst.

A. Schallwig, Schriftführer.

\* Leugsdorf. Ortsversammlung am Sonntag, den 4. Juli, Nachmittags 5 Uhr im Vereinslokal.

Friedrich Holzkämpfer, Schriftführer.

\* Neuhaus. Ortsversammlung am Sonntag, den 4. Juli, Nachmittags 5 Uhr bei A. Eberlein. Benj. Kempf, Schriftführer.

\* Neuleiningen. Ortsversammlung am Sonntag, den 4. Juli, Nachmittags 2 1/2 Uhr im Maurerischen Lokale in St. Karbach. 1. Vorlegung des Quartalsabschlusses. 2. Besprechung über Agitation. 3. Verschiedenes.

H. Spatz, Schriftführer.

\* Weihen. Ortsversammlung am Montag, den 5. Juli, Abends 8 Uhr.

Aug. Panse, Schriftführer.

\* Moabit. Ausschusssitzung am Montag, den 5. Juli bei Reichert.

G. Lenz III, Schriftführer.

\* Eisenberg. Ortsversammlung am Sonnabend, den 10. Juli, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben.

Wolfgang Bauer, Schriftführer.

\* Berichtigung. In der Anmerkung unter Vereins-Nachrichten zu dem Artikel des D.-S. Berlin I soll es statt Zeitschrift „Zuschrift“ heißen.